

## Reaktionen auf die Rußlandkrise in den Staaten der GUS

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1998). *Reaktionen auf die Rußlandkrise in den Staaten der GUS*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 39/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47652>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Reaktionen auf die Rußlandkrise in den Staaten der GUS

### Zusammenfassung

Die russische Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Staatsführungen in den Nachbarländern Rußlands in der GUS in unterschiedlichem Maße alarmiert. In den meisten Ländern ließen sich die Präsidenten in Reden vor dem Parlament oder auf Pressekonferenzen über die zu erwartenden Auswirkungen der Krise auf die eigene Wirtschaft und Währung aus und waren dabei äußerst bemüht, diese als begrenzt und überschaubar zu charakterisieren. Die Regierungschefs und die Zentralbankpräsidenten äußerten sich über Präventivmaßnahmen zur Eindämmung der Ansteckung durch die Rußlandkrise. Die Bevölkerung reagierte zumeist durch verstärkte Nachfrage nach Dollar. Nationalwährungen wie der Belorussische Rubel, die ukrainische Hryvna, der moldauische Leu und der kasachstanische Tenge gerieten unter Druck. Anhand von Indikatoren wie der Handelsverflechtung mit Rußland, dem bisherigen Verhalten gegenüber einer rußlandzentrierten Wirtschaftsintegration innerhalb der GUS und der Ähnlichkeit der eigenen Finanzpolitik und des eigenen Finanzsystems mit den Verhältnissen in Rußland lassen sich unterschiedliche Grade der Gefahr, von der Rußlandkrise angesteckt zu werden, abschätzen. Für Staaten wie die Ukraine, Belarus, Moldova und Kasachstan erscheint diese Gefahr größer, für Georgien und Aserbaidtschan geringer. In Tbilisi und Baku kam eine gewisse Genugtuung darüber auf, daß in den beiden transkaukasischen Staaten in den letzten Jahren die wirtschaftliche Abkoppelung von Rußland weiter als in anderen GUS-Staaten gegangen war. Eine andere Frage bedeuten allerdings auch für die von Rußland am stärksten emanzipierten Staaten die geopolitischen Konsequenzen, die sich aus einer Destabilisierung Rußlands durch die Wirtschaftskrise ergeben könnten.

### Die Staaten im Westen der GUS

Der Ansteckung sehen sich diejenigen Staaten am stärksten ausgesetzt, die wirtschaftlich am engsten mit Rußland verflochten sind. Dies gilt in erster Linie für die großen Nachbarn im Westen, Ukraine und Belarus. Aber auch die kleine Republik *Moldova*, die 60% ihres Exports mit Rußland tätigt, ist von der Krise offenbar in dramatischer Weise betroffen worden. "Die Schockwelle der russischen Finanzkrise hat den Finanzmarkt in Moldova erreicht... Die meisten ausländischen Investoren haben das Land verlassen und einige Analysten zweifeln an ihrer Rückkehr in naher Zukunft", meldete die Nachrichtenagentur Basapress am 3. September. Noch Ende Juli hatte die Regierung, die ein ehrgeiziges Antikrisenprogramm praktizierte, Ausländer dazu ermuntert, moldauische Anleihen zu kaufen. Der moldauische Leu droht nun, dem Rubel in der Abwärtsspirale zu folgen. Bisher konnte die im

November 1993 zu einem Kurs von L 3,70 pro Dollar eingeführte Nationalwährung recht stabil gehalten werden, mit einer leichten Abwertung 1995. Die Nationalbank hofft nun, den Kurs bei L 5,00 pro Dollar halten zu können.

*Belarus*, das unter der Präsidialautokratie Lukaschenkas eine an totale nationale Selbstaufgabe grenzende Integration mit Rußland forciert und sich mit dem großen Nachbarn in einer "Union" zusammengeschlossen hat, wird nun die Früchte dieser Politik ernten. Mehr als 70% seiner Exporte gehen in das Nachbarland. Der belorussische Rubel (BR) reagierte prompt auf die Turbulenz der russischen Währung und verlor im August gegenüber dem Dollar täglich um rund 1.000 Punkte. Der offizielle Umtauschkurs lag Ende August bei 49.000, aber in dem von der Regierung nicht voll kontrollierten Währungstausch zwischen den Banken erzielte der Dollar bereits einen Kurs von 110.000 BR. Zwischen dem 1. und 3. September fiel der Kurs dann auf 230.000 BR pro Dollar.<sup>1</sup> Der Pressedienst der Nationalbank ließ wissen, daß eine Reihe kleinerer Banken, die in kurzfristige Staatsanleihen Rußlands investiert haben, zusammenbrechen könnten. Am 9. September berief Präsident Lukaschenka hohe Regierungsbeamte zu einer Konferenz ein, auf der Maßnahmen erörtert wurden, "um zu verhindern, daß Vorgänge in Nachbarstaaten, hauptsächlich in Republiken der ehemaligen Sowjetunion, auf uns übergreifen." Lukaschenka nutzte die Krise dazu, seinen wirtschaftspolitischen Kurs, der Belarus zu dem am wenigsten reformbereiten Staat in Osteuropa machte, zu rechtfertigen: "Unsere Position – mit der Orientierung auf den Konsum unserer eigenen Produkte und die Protektion unserer eigenen Produzenten – ist (von diesen Ländern) grundverschieden, und die Richtigkeit dieses Kurses bestätigt sich heute wie nie zuvor." Einheimische Produkte, so Lukaschenka, machten 90% des eigenen Konsumgütermarkts aus.<sup>2</sup> Doch auch dieser angeblich autarke Markt war nicht vor Preissteigerungen und Warenverknappung geschützt. In Minsk stiegen die Preise für Lebensmittel im August um durchschnittlich mehr als 20%.

Realistischer äußerte sich Lukaschenkas Amtskollege in der *Ukraine*. "Diese Krise wird die Ukraine treffen, wenn nicht heute, dann morgen", kommentierte Leonid Kutschma die bedrohliche Situation in Rußland. In den Kommentaren des Präsidenten, der Regierung und der Nationalbank dominierte der Hinweis auf den psychologischen Faktor: Real unterscheidet sich das Wirtschafts- und Finanzsystem der Ukraine von dem Rußlands, aber der psychologischen Auswirkung der russischen Krise werde sich die ukrainische Wirtschaft nicht entziehen können. Die Parole "Wir sind nicht Rußland" bestimmte im übrigen die Kommentare in allen GUS-Staaten und nahm den Charakter einer Beschwörungsformel an. Unter den objektiven Faktoren der Ansteckungsgefahr wurde in diesem Zusammenhang stets die Handelsverflechtung mit Rußland genannt, während die Regierungskommentare über andere Ähnlichkeiten der Wirtschafts- und Finanzentwicklung hinweggingen. So zum Beispiel über die signifikante innere Verschuldung des Staates: In der Ukraine schuldet der Staat der Bevölkerung 3,6 Mrd. Hryvna (rund zwei Mrd. Dollar) ausstehende Gehalts- und Rentenzahlungen.<sup>3</sup> Insgesamt macht laut Angabe der Nationalbank die Staatsverschuldung 30% des Nationalprodukts (BIP) aus. Die Hälfte der Schulden bestehen gegenüber Rußland.<sup>4</sup>

Nach einer Hyperinflation Mitte der neunziger Jahre war das Vertrauen in die 1996 eingeführte und relativ stabile Nationalwährung Hryvna auch vor der globalen Welle der Währungskrisen noch nicht konsolidiert gewesen. Der Präsident der Nationalbank, Viktor Juschtschenko, schloß eine dramatische Abwertung aus, sah sich aber gezwungen, den Kurskorridor für den Dollar von 1,80-2,25 auf 2,50-3,50 Hryvna heraufzusetzen. Zuvor waren etwa 300 Mio. Dollar für die Stützung der Währung aufgewendet worden. In nur wenigen Tagen war die Nachfrage nach dem Dollar derart gestiegen, daß kaum noch eine Wechselstube über Devisen verfügte.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Belapan news agency, Minsk, in weißrussisch, 3.9.1998. SWB/SU 0554 WB/5, 11.9.1998.

<sup>2</sup> SWB SU/3329 D/3, 11.9.1998.

<sup>3</sup> SWB SU/3335 D/1, 18.9.1998.

<sup>4</sup> SWB SU/0554 WB/1, 11.9.1998.

<sup>5</sup> NZZ, 18.9.1998, S. 4.

Juschtschenko spielte die Auswirkung der Finanzkrise Rußlands herunter: Diese würde durch sinkende Handelsquoten mit Rußland, begrenzten Handel mit Termingeschäften, Import-Export Vereinbarungen auf Dollarbasis und andere Faktoren abgemildert werden. "Faktoren, die wir vor kurzem noch als negativ eingeschätzt haben, werden sich in dieser Hinsicht nun als positiv erweisen". 70% des bilateralen Handels würden auf Dollarbasis getätigt, nur 8,6% auf Rubelbasis.<sup>6</sup>

Mitte September stellte die Regierung ein Antikrisenprogramm auf. Der Haushalt soll durch Streichung von Subventionen, die noch aus sowjetischer Zeit stammen, entlastet werden. Die weitere Privatisierung von Staatsunternehmen soll dem Fiskus Einnahmen erbringen, mit denen die Lohn- und Rentenschulden reduziert werden sollen. Ferner will man den Export durch den Abbau bürokratischer Hürden erleichtern, während der Import gebremst werden soll. Noch herrscht nach Einschätzung westlicher Berichterstatter keine wirkliche Panik in der Bevölkerung. Man nimmt Preissteigerungen von bis zu 50% in Kauf, legt gewisse Vorräte an, ohne daß Panikkäufe die Regale in den Läden leergefegt hätten, wie dies in Rußland geschieht. Auch ein spontaner Abzug internationaler Investoren würde die Ukraine weniger treffen als Rußland, da der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen hier wesentlich geringer ist (bis Mai 1998 2,2 Mrd. Dollar). Was jedoch peinlich an Rußland erinnert, ist die politische Konfiguration der Krise, das zunehmend gespanntere Verhältnis zwischen Exekutive und Parlament. Aus dem Parlament wurden Forderungen nach einem Rücktritt der Regierung laut. Die Parlamentsfraktion der Partei Hromada versuchte, gegen den Präsidenten ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten.

### Die zentralasiatischen und kaukasischen Staaten

Von den Staaten der kaspischen Region ist *Kasachstan* wirtschaftlich am stärksten mit Rußland verbunden, so zum Beispiel durch seine Mitgliedschaft in der Zollunion. Die politische Führung war im August sichtlich bemüht, die eigene Bevölkerung und ausländische Investoren zu beruhigen. So Nasarbajew in einer Rede vor dem Parlament am 1. September: Die Rußlandkrise habe zweifellos Einwirkung auf Kasachstan, die Finanz- und Kreditsysteme beider Länder seien aber bereits zu verschiedenen, um ein automatisches und dramatisches Übergreifen der russischen Finanzkrise befürchten zu lassen. Ähnlich Regierungschef Balgimbajew: Der Vergleich Kasachstans mit Rußland sei absolut verfehlt. Allerdings mußte Balgimbajew einräumen, daß die Krisen in Asien und Rußland einige Wirtschaftssektoren Kasachstans getroffen hätten. Die Regierung habe die Emission von Eurobonds und die Privatisierung einiger Industriebetriebe zurückstellen müssen. Dies habe Auswirkungen auf die Staatseinnahmen. Daneben hat die Regierung eine Reihe anderer Präventivmaßnahmen getroffen: Tarifsenkungen für Wärme- und Elektroenergie, Halbierung der Mehrwertsteuer für bestimmte Importprodukte u.a.

Kasachstan, dessen Präsident noch im Herbst 1997 ein optimistisches Entwicklungsprogramm des Landes bis zum Jahre 2030 verkündet und dafür in Analogie zu den "asiatischen Tigern" den heimischen Schneeleoparden zum Symbol erkoren hatte, hat die Auswirkung der Asienkrise längst zu spüren bekommen. Aufgrund der Finanzkrisen in asiatischen Ländern und des Preisverfalls für Rohstoffe hat die Regierung am 4. August eine Kürzung der Staatsausgaben um 25% (45 Mrd. Tenge von insgesamt 181,3 Mrd. Tenge) angekündigt. Die Kürzung soll angeblich die Sozialausgaben wie die Rentenzahlungen und Aufwendungen des Gesundheits- und Bildungswesens, die verfassungsmäßig geschützt, aber längst schon von dramatischen Einschnitten betroffen worden sind, nicht weiter schmälern, sondern Investitionen, Bauvorhaben und Verwaltungsaufwendungen treffen. Auf der anderen Seite habe die Regierung Maßnahmen zur Steigerung der Staatseinnahmen und zur Unterstützung einheimischer Produzenten getroffen. Das Finanzministerium erarbeite Mechanismen zur Aufdeckung der Schattenwirtschaft, die 1997 einem Anteil von 30% des Nationaleinkommens entsprochen habe. Die Steuerlast solle gesenkt, das Steueraufkommen gleichzeitig verbessert werden.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Interfax, engl., 28.8.1998, SWB SUW/0553 WB/1 (3), 4.9.1998.

<sup>7</sup> Interfax-Kasachstan, russ., 4.8.1998, SWB SUW/0550 WE/1, 14.8.1998.

Schon vor der Rußlandkrise war zunehmend Kritik an der Reformstrategie der Öffnung gegenüber ausländischem Kapital geäußert worden. Ein Berater Nasarbajews hatte dabei sogar den historischen Vergleich mit dem kolonialen China und dem Osmanischen Reich bemüht. Die Rußlandkrise wird ein Überdenken der bisherigen Reformstrategie in dieser Richtung verstärken.

Ein umfassender Kommentar zur Wirtschaftslage Kasachstans vor dem Hintergrund der Rußlandkrise stammt von dem bekanntesten Oppositionspolitiker, von Petr Swoik, dem Kopräsidenten der Bewegung "Azamat" (Bürger): Die Nationalwährung werde bald an Wert verlieren, auch ohne eine direkte Verflechtung der Finanzsysteme beider Länder. Vielmehr werde sich hier "die prinzipielle Ähnlichkeit derjenigen Prozesse, welche das russische Finanzsystem zerstört haben" mit den Entwicklungen in Kasachstan auswirken. Es gehe auch in Rußland nicht nur um eine Krise des Finanzsystems, sondern um eine des Gesamtsystems. Die "Basarisierung der Nomenklatura-Ökonomie" habe zu krassen Disproportionen geführt. "Die unsichtbare Hand des Marktes" habe alle Ressourcen zu einigen Häufen zusammengekehrt – in die Hände von 5-10% der Bevölkerung und in einige Städte.

In Rußland prosperiert nur Moskau, bei uns nur Almaty und die künstlich stimulierte neue Hauptstadt Astana. Die Wirtschaft hat sich gewaltig verengt – sie ist in einigen Sippen, einigen Banken, in drei Dutzend Unternehmen und einigen geographischen Punkten konzentriert. Alles übrige ist sterbende Landschaft oder bereits Wüste.

Ein Aspekt der Verengung äußere sich darin, daß der Konsumgütermarkt noch stärker als zu Breschnews Zeiten durch Importe und diese wiederum durch den Export von Rohstoffen aufrechterhalten werde. Und das bei rapide sinkenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt. Die Regierung bemühe sich, den Kurs des Tenge so sachte wie nur möglich freizugeben. Aber man spreche längst von einer Abwertung und einer "regulierten Emission", und allein dieses Gerede werde den inflationären Prozeß beschleunigen. Dazu kommen zwei gravierende Inflationsquellen: Die äußere und die innere Verschuldung. Jetzt komme nämlich die Zeit, die in den letzten Jahren aufgenommen Kredite zurückzuzahlen, und die ausländischen Kreditgeber könne man nicht wie die Rentner im eigenen Land mit Verprechungen abspeisen. Der gesamte Wertpapiermarkt Kasachstans bestehe fast ausschließlich aus kurzfristigen staatlichen Obligationen und anderen Pfandbriefen der Regierung und der Nationalbank. Und noch schlimmer – dieser fragile Kapitalmarkt sei der dringlichen Reform des Rentensystems zugrundegelegt worden, das nun von Wertpapieren abhängig werde, bei denen von "Wert" keine Rede sein könne.<sup>8</sup> Anfang September wurde eine deutliche Abwertung des Tenge spürbar. In einigen Regionen Kasachstans stieg der Kurs für den Dollar auf 99 Tenge, während die Nationalbank den offiziellen Kurs mit 79,8 ansetzte. Ihr Vorsitzender Qadyran Damitov führte die Abwertung auf eine "unbegründete Panik aufgrund der Finanzkrise in der Russischen Föderation" zurück.<sup>9</sup>

Auch *Kirgistan* ist über die Zollunion mit Rußland eng verbunden. Sein Präsident hat stets die "vertiefte Integration" in der GUS gefordert und betrachtet nun die Rußlandkrise "als eine Krise der GUS und der Zollunion". Er ist einer der wenigen Politiker in der GUS, die noch weitere Integrationschritte fordern.<sup>10</sup> Gleichzeitig gilt das Land als der Musterschüler des IWF und ist hochgradig von ausländischen Krediten abhängig geworden.

In *Usbekistan* ist die politische Führung stärker mit der Situation in Afghanistan als mit der Rußlandkrise befaßt. Präsident Karimow äußerte bei der Eröffnung des Parlaments zwar Besorgnis über die Auswirkung der russischen Finanzkrise auf das eigene Land, relativierte die Ansteckungsgefahr aber mit dem Hinweis darauf, daß der Handel mit Rußland ausschließlich auf Dollarbasis getätigt würde. Allerdings gehört Usbekistan innerhalb der GUS zu den Hauptinvestoren in Rußland.

Relativ gelassen reagierten *Georgien* und *Aserbaidshan* auf die Krise. Auch hier dominierte der Hinweis auf grundlegende Unterschiede zwischen dem russischen und dem eigenen Finanzsystem, wurde die Auswirkung der Rußlandkrise auf ihre psychologische Dimension reduziert. In Tbilissi und

<sup>8</sup> Nezavisimaja gazeta, elekt.versija, Nr. 165 (1736), 8.9.1998, polosa 5.

<sup>9</sup> RFE/RL, 8.9.1998.

<sup>10</sup> SWB SU/3322 G/2, 3.9.1998.

Baku kam eine gewisse Genugtuung über die in den letzten Jahren verfolgte Politik wirtschaftlicher und politischer Emanzipation von Rußland auf. So erinnerte Präsident Schewardnadse daran, daß der Austritt Georgiens aus der Rubelzone und die Schaffung der Nationalwährung Lari seinerzeit von einigen politischen Kräften im Lande kritisiert worden sei. "Zum Glück wurde dieser Defätismus nicht von der politischen Führung und den Bürgern Georgiens geteilt. Man kann sich leicht vorstellen, wie die wirtschaftliche und politische Situation in Georgien (ohne diesen Schritt, U.H.) heute aussähe." Schewardnadse wies auf einen erheblichen Umlauf an Dollar in Georgien hin und forderte die Bevölkerung auf, dem Bankensystem des Landes zu vertrauen und ihre Dollarreserven auf Bankkonten anzulegen. Die Nationalwährung und die Preise in Georgien seien stabil. Nichtsdestoweniger wurde angesichts der Rußlandkrise eine Sonderkommission für Finanzen gebildet.<sup>11</sup> Aserbaidshan ist derzeit mit Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts angesichts sinkender Staatseinnahmen aufgrund des Preisverfalls für Erdöl beschäftigt und hat kaum Kommentare zur Rußlandkrise abgegeben. In beiden Ländern ist die Handelsverflechtung mit Rußland in den letzten Jahren deutlich reduziert worden. Für *Armenien* ist Rußland hingegen der wichtigste Handelspartner und zudem ein "strategischer Verbündeter". Trotzdem wurden offizielle Kommentare in Jerewan bislang auf "business as usual" intoniert.

### **Rußlandkrise und Geopolitik in der GUS**

Haben einige Politiker in Rußland noch in letzter Zeit die verstärkte Wirtschaftsintegration in der GUS gefordert und sogar eine Neuauflage der "Rubelzone" in Erwägung gezogen, hat die akute Finanz- und Wirtschaftskrise des Landes nun wohl "den letzten Nagel in den Sarg dieser Idee geschlagen".<sup>12</sup> Nach Gesprächen mit Tschernomyrdin und Lukaschenka auf der Krim Ende August begrüßte der ukrainische Präsident Kutschma zwar weiterhin "engste Zusammenarbeit", meinte dies aber in einem spezifischen, von der Krise geprägten Sinne: "Wir in der Ukraine leiden nicht weniger als die Bevölkerung Rußlands unter der Situation auf dem russischen Finanzmarkt, und wir begreifen, daß früher oder später die Situation ihre ernste Auswirkung auf die Ukraine haben wird /.../ Es ist jetzt notwendig, genauer auf die Wurzel des Übels zu schauen und weniger deklaratorisch vorzugehen. Kooperation sollte nun in Bezug auf ganz spezifische Projekte erörtert werden".<sup>13</sup> Präsident Lukaschenka, der integrationsfreudigste unter den GUS-Präsidenten, beschuldigte Rußland, die GUS-Mitglieder nicht rechtzeitig und eindringlich vor seiner eigenen Krise gewarnt zu haben.<sup>14</sup>

Der zeitliche Zusammenfall der Finanz- und Regierungskrise in Rußland mit starken Herausforderungen an die russische Sicherheitspolitik in Zentralasien und im Kaukasus verdeutlicht das russische Dilemma der "Großmacht ohne Großmachtressourcen" wie nie zuvor. Kurz vor der Offenbarung seiner bisher größten Finanzkrise schickte sich Rußland an, seine Südpolitik zu intensivieren und eine "sicherheitspolitische Integration" der südlichen GUS-Staaten "um Rußland herum" zu forcieren. Der Hauptanlaß war die angebliche Bedrohung der Südgrenzen der GUS durch den "islamischen Fundamentalismus". Der Vormarsch der Taliban bis an die Grenze zu Tadschikistan und Usbekistan rief erhebliche Unruhe in den zentralasiatischen Hauptstädten und in Moskau hervor und führte zu Konsultationen zwischen den Verteidigungsministerien im Rahmen des "GUS-Sicherheitspakts" von 1994. Die gemeinsame Alarmstimmung gegenüber einer "Bedrohung aus dem Süden" wurde durch die innere Krise Rußlands überdeckt. Rußland schien nun weniger denn je über die Ressourcen für eine Stärkung seiner Position in Zentralasien und einen Ausbau seines Militärdispositivs in der Region zu verfügen.

Ähnlich im Kaukasus: 1998 wurde durch die Verschärfung der Krisensituation im Nordkaukasus deutlich, wie weit die Regierungshoheit der Russischen Föderation über ihre eigene kaukasische Peripherie bereits erodiert ist. Diese Entwicklung erforderte eine aktivere und kohärentere Tschetsche-

<sup>11</sup> Georgian Radio, georg., 7.9.1998, SWB SU/3327 F/4, 9.9.1998.

<sup>12</sup> Lawrence Sheets, Ex-Soviet States closest to Russia suffer most, Turkistan Newsletter, vol. 98-2:147, 8.9.1998.

<sup>13</sup> ITAR-TASS, russ., 27.8.1998, SWB SU/3318 D/1, 29.8.1998.

<sup>14</sup> ITAR-TASS, eng., 18.9.1998, SWB SU/3336 D/2, 19.9.1998.

nien- und Nordkaukasuspolitik. Für eine grundlegende Neuorientierung russischer Politik in der Region fehlen

aber die finanziellen Ressourcen, da hierfür vor allem die aktive und kostspielige Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht nur Tschetscheniens, sondern auch der übrigen nordkaukasischen Föderationssubjekte gefordert wäre.<sup>15</sup> Im Transkaukasus wurde Moskau in den kritischen Tagen der Finanz- und Politikkrise mit einem weiteren Schritt der Emanzipation der Region von russischer Hegemonialmacht konfrontiert. In Baku wurde im September ein Abkommen über eine "neue Seidenstraße" im Zusammenhang mit dem von der EU geförderten TRACECA-Projekt (Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien) von 12 Staaten (Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldova, Ukraine, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Türkei, Bulgarien, Rumänien) unterzeichnet. In seinem Rahmen sollen neue umfassende Transportsysteme entwickelt werden, welche die Kaspische- und Schwarzmeerregion aus der historischen Abhängigkeit von Rußland herauslösen würden. Aserbaidshan machte aus diesem Ereignis propagandistisch einen "zweiten Jahrhundertvertrag", nachdem es 1994 bereits eine grundlegende Weichenstellung seiner Außen- und Außenwirtschaftspolitik durch seinen Vertrag mit internationalen Erdölkonsortien vollzogen hatte.

Triumph über die tiefe Krise, in der Rußland steckt, kommt freilich nicht auf. Vielmehr herrscht Angst vor einem unberechenbaren Politikwechsel in Rußland und einer tiefgreifenden Destabilisierung des Landes. Der kirgisische Präsident Akajew rief zur Unterstützung der "legitimen Regierung unter der gegenwärtigen Obrigkeit (vlasti)" in Rußland auf. Ein politischer Putsch in Moskau würde den Kollaps der GUS bedeuten und die schwachen Wirtschaften Eurasiens zerstören. Die "legitime Macht in Rußland" müsse von allen GUS-Führern unterstützt werden. Die gleiche Meinung vertrete sein Amtskollege Nasarbajew.<sup>16</sup> Einerseits fürchtet man den falschen "starken Mann" in Moskau, d.h. den Aufstieg einer reaktionären populistischen Führerfigur mit Großmachtambitionen, andererseits aber auch den politisch unerfahrenen "schwachen Mann". In den meisten Hauptstädten der GUS wurde der damals anstehende Regierungswechsel von Kirijenko auf Tschernomyrdin begrüßt, da man in Kirijenko einen politisch unerfahrenen und mit den Verhältnissen in den GUS-Staaten nicht vertrauten Regierungschef sah. Reaktionen auf die Ernennung Primakows zum Regierungschef liegen noch nicht vor. In ihm wird man vermutlich weder den falschen "starken Mann" noch den "schwachen Mann" sehen. Aus Gesprächen mit Vertretern der südlichen GUS-Staaten ist gegenwärtig der Eindruck zu gewinnen, daß die mit einem quasi "natürlichen" Großmachtsyndrom gepaarte innere Schwäche Rußlands Angst macht. Selbst Gesprächspartner aus Ländern, die nach ihrer Unabhängigkeit in besonders deutlicher Weise ihre Emanzipation von russischer Großmachtspolitik betrieben haben, äußern die Befürchtung, daß der Westen in seiner Frustration über verfehlte Hilfspolitik gegenüber Rußland sie nun mit einem geschwächten Rußland allein lassen könnte.

Uwe Halbach

---

<sup>15</sup> Uwe Halbach, Rußlands "Bedrohungen aus dem Süden", Aktuelle Analyse, Teil I: Entwicklungen im Nordkaukasus, 36/1998; Teil II: Entwicklungen in Afghanistan, 37/1998.

<sup>16</sup> Interfax, engl., 3.9.1998, SWB SU/3324 G/3, 5.9.1998.